MINISTER

NEUBERGER

Ende für einen

Da war mir nun allerdings die Hutschnur gekommen", schimpfte der nordrhein-westfälische Justizminister Dr. Dr. Josef Neuberger vor Journalisten. Der Minister erregte sich über Anwürfe des Rechtsanwalts Dr. Richard Weyl aus London, der „schon in der Vergangenheit hemmungslos und wahllos, ohne Rücksicht auf Herkommen und Rasse alle die verleumdet und beleidigt hat, die nicht so wollten wie er". Knapp zwei Jahre später sagte die 2. Zivilkammer des Landgerichts Düsseldorf dem sozialdemokratischen Justizminister, daß auch er zu weit gegangen sei und mit seinem Beleidigungsvorwurf zum Beispiel selber eine „Formalbeleidigung" ausgesprochen habe.

Die Rechnung für den ministeriellen Schnitzer — 10 000 Mark Schmerzensgeld wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts von Anwalt Weyl — soll nun die öffentliche Hand begleichen. Denn Neuberger habe, so das Landgericht, seine „Amtspflicht verletzt", und dafür müsse „das Land" haften.

Solch ein Urteil erstritt ein Mann, der seit Jahren mit der bundesdeutschen Justiz in Fehde liegt. Richard Weyl — wie Neuberger während der NS-Zeit Emigrant in Palästina — arbeitete, ebenfalls wie Neuberger, nach Kriegsende als Rechtsanwalt in Düsseldorf — obwohl in London ansässig.

Doch während Neubergers Berufsweg in den Justizdienst mündete, hemmten Weyls Karriere gerade Auseinandersetzungen mit Justizbediensteten. Nicht selten, wenn er Wiedergutmachungsverfahren betrieb, interessierte er sich auch für die NS-Vergangenheit der Richter. Und in Ton wie Methode war der Düsseldorfer Rechtsvertreter aus London dabei nicht zimperlich.

Verurteilter Justizminister **Neuberger**
„Amtspflicht verletzt"

So nannte Weyl die einschlägige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs „Gasofen der Wiedergutmachung", warf er einem Richter „die deklarierte Taktik eines Goebbels" vor. Weyl mußte in eigenen Sachen tätig werden — in zahlreichen Standesverfahren. Und in einer Ehrensache schrieb 1968 auch Weyls Ehefrau an Neuberger: Der Justizminister möge den Vorsitzenden des Ehrengerichtshofs Dr. Gerhard Heusch abberufen.

Neuberger prüfte die Rechtslage, lehnte bedauernd ab und übertrug später den Vorgang seinem damaligen Staatssekretär Dr. Friedemann Freiherr von Münchhausen, der alsbald weiteren Schriftverkehr als „unzumutbar und sinnlos" (Landgericht) einstellte.

Als Rechtsanwalt Weyl im März 1969 in einer Eingabe an den Düsseldorfer Landgerichtspräsidenten unterstellte, Neuberger verdanke „seine Stellung als Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen dem NS-Regime" (Landgericht), wurde der Justizminister freilich wieder mobil. Beim Vorstand der Düsseldorfer Rechtsanwaltskammer regte er ein ehrengerichtliches Verfahren gegen Weyl an und konterte am 31. März vor der Presse:

- „Dr. Weyl ist seit vielen Jahren als hemmungsloser Querulant bekannt";
- „er ist auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Man hat seine Zurechnungsfähigkeit bejaht";
- „er hat sich in hemmungslosen Beleidigungen von Bundesrichtern, Richtern, Justizbehörden und Rechtsanwälten schuldig gemacht";
- „wenn Dr. Weyl der Überzeugung ist, daß die Bundesrepublik durch restaurative und neonazistische Elemente in toto verseucht sei, dann verstehe ich nicht, warum er noch Wert darauf legt, in dieser Bundesrepublik Rechtsanwalt zu sein."

Weyl fühlte sich seinerseits betroffen und erhob Klage — in erster Instanz erfolgreich. Denn das waren „Äußerungen", die „objektiv eine Ehrverletzung des Klägers und eine Beeinträchtigung seines Persönlichkeitsrechts darstellen", befanden die Düsseldorfer Richter. „Gerade die Organe des Staates sollten sich gegenüber dem Staatsbürger Zurückhaltung auferlegen", belehrten sie ihren Dienstherrn, „auch wenn dieser weit über sein Ziel hinausschießt." In „Form und Inhalt", tadelten die Richter den Justizminister, entspreche Neubergers Presseerklärung „nicht der Würde seines Amtes und seiner Stellung im öffentlichen Leben".

Für die Düsseldorfer Landesregierung ist dieser Spruch nach Rücksprache mit ihren Anwälten „sowohl in rechtlicher als auch in tatsächlicher Hinsicht unhaltbar". Und so hat sie — wie Weyl, der mehr Geld will — Berufung eingelegt.

Während die Juristen noch an ihrer Begründung arbeiten, begehrt bereits am Dienstag dieser Woche die CDU-Opposition im Düsseldorfer Landtag

MAC BAREN'S macht jede zur Lieblingspfeife!

Weil Mac Baren's Tobaccos so köstlich schmecken wie sie duften.

Auf Wunsch erhalten Sie das kleine Tabakbrevier, es sagt Ihnen alles über

Mac Baren's Pipe Tobaccos.

Bitte schreiben Sie an
Mac Baren's Pipe Tobaccos
Alleinimporteur
Joh. Wilh. von Eicken
2 Hamburg 20,
Hoheluftchaussee 95

Antwort auf ihre Frage, welche politischen „Konsequenzen die Landesregierung aus diesem Urteil zu ziehen gedenkt".

Ein Ergebnis beider Prozeduren glaubt Weyls Düsseldorfer Anwalt Siegfried Heilmann bereits vorhersagen zu können: „Das ist ein ‚Edeka'-Prozeß, Ende der Karriere — für einen von beiden."

BUNDESLÄNDER

BREMEN

Schön auf Stühlen

Bremens Innensenator Franz Löbert, 64, wollte nichts sagen: „Jedes Wort, das ich spreche, kann für mich zum Stolperdraht werden." Der Sozialdemokrat verlor auch kein Wort, als sein engster Mitarbeiter, der Senatsdirektor Waldemar Klischies, 42, stolperte. Löbert, der seinen Vize in den Ruhestand versetzte: „Ich weiß, daß das kein gutes Bild von mir in der Öffentlichkeit abgibt."

Die SPD im Stadtstaat an der Weser kann freilich — ein halbes Jahr vor den Wahlen zur Bürgerschaft — leichter auf ein gutes Löbert-Bild, schwerer jedoch auf vorteilhaftes Partei-Image verzichten. Dennoch riskiert sie wieder einmal — nach dem Baulandskandal und der Genossenjagd auf den ehemals mächtigsten Bremer Sozialdemokraten, Richard Boljahn — eine Krise, die der seit 1946 ohne Unterlaß regierenden SPD nur schaden kann. „Die offene Feldschlacht", so prophezeite das Lokalblatt „Bremer Nachrichten", „ist kaum noch zu vermeiden."

Die zunächst verdeckte Schlachtordnung wurde sichtbar, als Senator Löbert ebenso überraschend wie vage von „schwerwiegendem und nicht überbrückbarem Vertrauensbruch" sprach, der ihn daran hindere, mit seinem bisherigen Intimus Klischies weiterhin zusammenzuarbeiten — nicht einmal ein halbes Jahr bis zu seiner Pensionierung, obgleich zwischen dem Senator und dem Senatsdirektor noch Ende Februar von schwerwiegenden Differenzen nicht die Rede gewesen war.

Bis heute hat Löbert nicht einmal dem gefeuerten Klischies von den Gründen erzählt (Klischies: „Er hat mir nichts gesagt"). Er zog einfach den Paragraphen 41 des Bremischen Beamtengesetzes heran, der es jedem Senator gestattet, sich von jedwedem zu trennen, sobald er, auch unbegründet, „Vertrauensbruch" konstatiert. Von Minister-Kollegen im Bremer Senat wurde der Senator, wie er selber bekundete, „nicht nach den speziellen Gründen gefragt", und selbst der Präsident des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick, der sowohl Löbert wie Klischies zu seinen Vertrauten zählte, sucht sich der unliebsamen Verwicklung zu entziehen: „Das ist allein Löberts Sache."

Tatsächlich jedoch ist es offenbar die Sache des Bremer Polizeipräsidenten Erich von Bock und Polach, 59, der im Zweiten Weltkrieg Generalstäbler war und nach dem Zweiten Weltkrieg, 1968 etwa bei den Schüler-

Entlassener Senatsdirektor **Klischies**
Schwerwiegender Bruch

Protesten gegen Fahrpreiserhöhung der Bremer Straßenbahn, Hatz auf Demonstranten machte: „Draufhauen! Nachsetzen!"

Am 15. Februar, einem Montag, hatte der Polizeipräsident beim Innensenator angeklingelt und wissen lassen, daß der Name Klischies in einem Notizbuch des katholischen Pfarrers Kurt Kaisers entdeckt worden war, der irgendwann einmal die nunmehr steckbrieflich gesuchte Ulrike Meinhof kennengelernt hatte. Zwar konnte Klischies binnen Stunden aufdecken, wie er in das Notizbuch des geistlichen Herrn geraten war — er hatte ihn bei einer Geburtstagsfeier getroffen, die Meinhof jedoch niemals kennengelernt. Doch der Anruf aus der Polizeikaserne blieb nicht ohne Folgen. „Als durch eine gezielte Indiskretion mein Name in Zusammenhang mit der Baader-Meinhof-Gruppe gebracht wurde", so beklagte sich der Senatsdirektor bei seinem Senator, „haben Sie sich nicht vor mich gestellt."

Statt dem „versuchten Rufmord" (Klischies) entgegenzuwirken, wollte

Klischies-Gegner **von Bock**
Gestörte Beziehung

Löbert seinen Senatsdirektor lieber gleich ganz loswerden. Und so brachte er laut Klischies plötzlich „gestörte menschliche Beziehungen" ins Spiel.

Es war nach dreijähriger Zusammenarbeit das erstemal, daß Löbert von einem „schwerwiegenden und nicht überbrückbaren Vertrauensbruch" sprach, dessen mannigfache Gründe zum Teil schon längere Zeit zurücklägen. Bis dahin war den Bremer Genossen allenfalls geläufig, daß Kontroversen zwischen Bremens Polizeichef und Klischies bestanden.

Dem adligen Polizeipräsidenten, der zum rechten SPD-Flügel zählt (Koschnick: „Ist der auch Genosse?"), war die „einseitige Tendenz" (Bock) des Juristen Klischies schon immer suspekt. Durch ihn sah er gar „die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch eine intakte Polizei . . . in Frage gestellt".

Freilich: Klischies wollte lieber mit linken Demonstranten reden als raufen. Aber Bock wollte nicht einmal mit seinen Polizisten reden. Als er das „Geschwätz von einigen Beamten" vernahm, die mit dem rigorosen Einsatz gegen Demonstranten nicht einverstanden waren, befahl er seinen Offizieren: „Halten Sie die Beamten dazu an, daß sie keine Meinungsäußerungen, Wertungen von sich geben. Das steht ihnen gar nicht zu."

Es kam jedoch noch schlimmer: Bei einer Vereidigung junger Polizeibeamter, die, so Bock, im ehrwürdigen Rathaussaal „schön auf Stühlen saßen" und „netter Musik gelauscht hatten", stellte sich Klischies hin „und nahm den Eid von A—Z auseinander" — und gerade bei solchem Anlaß hatte sich der Polizeipräsident „ein bißchen warmes Herz" gewünscht. Vollends unbeliebt machte sich der progressive Senatsdirektor, als er darauf drängte, die Polizisten-Ausbildung an Granatwerfern abzuschaffen, und den Senat bewog, die militärische Anrede in der Polizei abzuschaffen.

Innensenator Löbert stand im Kleinkrieg mit dem Polizeipräsidenten beharrlich auf der Seite seines Stellvertreters — bis Ende Februar. Noch Mitte vergangenen Jahres wollte er sich lieber von Bock als von Klischies trennen. Doch der Polizeipräsident („Ich bin ein völlig nachgeordneter unmaßgeblicher Beamter") war nicht loszuwerden. „Mit Haken und Ösen", so Bock über Bock, brachte er es auf eine beinahe zwanzigjährige Herrschaft — „als erster seit Kaisers Zeiten".

Sechsmal probten Genossen seinen Sturz — immer vergebens; der siebente Versuch, so weiß der Polizeipräsident schon heute, „kommt in den nächsten Tagen".

Schon in den nächsten Tagen wird womöglich der Bremer Ortsverein Schwachhausen auf einem außerordentlichen Parteitag den Fall zur Sprache bringen. „Und wenn der Genosse Löbert dann immer noch nichts sagen will", so kündigte Ortsvereinsvorsitzender Horst-Werner Franke an, „dann werden wir ihn per Parteitagsbeschluß dazu bringen."